

Zweitwohnungsbesitzer können Berggebieten viel bringen

Berggebiete sollten auf das Wissen und das Kapital der Menschen setzen, die ihren Zweitwohnsitz in den Bergen haben. Die Denkfabrik Avenir Suisse macht in einer Studie Diskussionsvorschläge für die Zukunft von Berggebieten.



Blick auf eine Ferienwohnungsüberbauung in Cumbel. Bild Keystone

Das Ja zur Zweitwohnungsinitiative vor knapp fünf Jahren löste zunächst einen Bauboom und danach einen Einbruch bei den Baubewilligungen für Mehrfamilienhäuser in Berggebieten aus. Avenir Suisse spricht in der am Dienstag in Bern präsentierten Studie von einem Rückgang von bis zu 90 Prozent in gewissen Regionen.

Bis zu 400'000 Katalysatoren

Auf diesen «kalten Entzug» müssten die betroffenen Gemeinden reagieren. Die Studie schlägt vor, die 300'000 bis 400'000 Besitzer von Zweitwohnungen im Berggebiet zu «Katalysatoren für den Strukturwandel» zu machen. Sie seien häufig einkommensstarke, gut ausgebildete und mobile Menschen. Sie könnten am zweiten Wohnsitz Wissen und Kapital der Gemeinde oder einem Unternehmen zur Verfügung stellen, wie dies mancherorts schon getan wird. Die Studie erinnert an den lungenkranken Niederländer Willem-Jan Holsboer, der im 19. Jahrhundert in Davos lebte und als Initiant der Rhätischen Bahn gilt.

Zweitwohnungsbesitzer sollten nicht als finanzielle Einnahmequelle betrachtet werden, sondern als Partner, empfehlen die Autoren der Studie. Ein Weg dazu wäre das Mitspracherecht in der lokalen Politik, etwa über einen «Rat der Zweitwohnungsbesitzer». Auch Milizämter könnten für sie zugänglich gemacht werden.

Die Studie stellt weiter steuerliche Anreize zur Diskussion, die Zweitwohnungsbesitzer bewegen könnten, ihren Wohnsitz und ihre Aktivitäten in die Berge zu verlegen. Sie denken nicht zuletzt an Babyboomer, die nach der Pensionierung neue Betätigungsfelder suchen und meist frei in der Wahl ihres Wohnortes sind. Potenzial sehen die Studienautoren zudem in der Erneuerung von zwischen den 60er- und 80er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts gebauten Ferienwohnungen. Und auch bewährte Mittel wie neue Bewirtschaftungsformen für Miet-Zweitwohnungen werden aufgeführt.

Kräfte werden gebündelt

Mit der Anregung «Kräfte bündeln» nimmt die Studie auf, was in den letzten Jahren vielerorts schon an die Hand genommen worden ist: Um Koordinationsprobleme zu lösen - etwa beim Planen und Bauen oder bei der touristischen Vermarktung - haben sich an vielen Orten der Schweiz mehrere Berggemeinden zu einer Talschaft zusammengetan.

Die Studie zählte zwischen 2000 und 2015 43 Talschaftsfusionen mit 224 beteiligten Gemeinden. Die neu gebildeten Gemeinden haben mit durchschnittlich 3500 Einwohnern eine immer noch vergleichsweise kleine Bevölkerung, die allerdings auf einer grossen Fläche lebt.

Die sechs Gemeinden im Münstertal etwa waren mit zusammengezählt 15 Millionen Franken verschuldet – dem Fünffachen ihrer Steuereinnahmen. Als sie 2009 zur Talschaft fusionierten, erhielten sie vom Kanton eine Prämie von 8,6 Millionen Franken. Das Geld erlaubte laut Studie den finanziellen Neustart.

Allerdings ist für die Studienautoren auch der «geordnete Rückzug» eine Option. Extensive Nutzungen hätten in den Bergen eine lange Tradition, heisst es in der Studie dazu. Erwähnt werden Maiensässe oder nur im Sommer bewirtschaftete Täler.

Mit Bundesgeld «vertane Chancen»

Bei der Subventionspolitik des Bundes sieht die Studie «vertane Chancen». Sie enthält eine Liste von infrastrukturellen Prestigeprojekten, bei denen das Verhältnis von Kosten und Nutzen fragwürdig sei. Unter den Beispielen sind Strassenbauprojekte wie die Nationalstrasse im Prättigau oder die Transjurane im Jura. Für die Hälfte des für die Ortsumfahrungen im Prättigau ausgegebenen Geldes hätte in Chur ein Neubau für die Hochschule für Technik und Wirtschaft erstellt werden können, moniert die Studie. Wäre die wenig befahrene Transjurane «weniger perfektionistisch» gebaut worden, wäre laut Studie Geld geblieben für die Entschuldung der Kantone Jura und Neuenburg.

Empfehlungen macht die Studie auch für die Regierungskonferenz der Gebirgskantone (RKGK). Ihr inhaltlicher Fokus liege traditionell auf der Lobbyarbeit bezüglich föderaler Transferzahlungen. Die Studie empfiehlt der Konferenz einen Fokus auf dem Strukturwandel.

Die RKGK wandte in einer Mitteilung ein, es sei einfacher, Strategien zu entwickeln als sie konkret umzusetzen. Regulatorische Massnahmen würden Berggebiete in der Handlungsfähigkeit stark einschränken, etwa beim Bau von Zweitwohnungen oder mit Umweltauflagen. Sie verweist auf ihre eigene, 2014 veröffentlichte Strategie für einen lebensfähigen Alpenraum. (sda/so)